

MEINUNGSFREIHEIT VERKAUFEN?

Der Bund will die reichen Verleger neu jährlich mit 178 Millionen Franken subventionieren und damit von der Politik abhängig machen. Das ist Gift für die Demokratie. Die schädliche Staatsfinanzierung der Medien muss gestoppt werden.

NEIN zu Staatsmedien

NEIN zu Steuer-Milliarden für Medien-Millionäre



Zahlreiche Schweizer Bürgerrechtsorganisationen ergreifen das Referendum gegen das Mediensubventions-Gesetz. Dieses überhäuft reiche Medienkonzerne mit Staatsgeld, betont deren Monopole und gefährdet Meinungsfreiheit und Medienvielfalt.

Bitte hier abtrennen und unteren Teil portofrei einsenden bis spätestens **1. Oktober 2021**

Hier frankieren

Absender

Vorname, Name

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Bitte senden Sie mir (Anzahl) Unterschriften-Bogen.

Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.

Danke für Ihre Unterstützung! Spendenkonto:

Freundinnen und Freunde der Verfassung, 3000 Bern
Postfinance Bern BIC: POFICHBEXXX
IBAN CH27 0900 0000 1553 2003 7

Freunde der Verfassung
3000 Bern

NEIN ZU GEKAUFTEN MEDIEN!

Darum geht es

- > Bundesrat und Parlament wollen neben der **mit Zwangsgebühren finanzierten SRG** jetzt auch noch die **privaten Medien** mit Milliarden von der Politik abhängig machen. **Reiche Medienkonzerne**, die selbst in Corona-Zeiten fette Gewinne machen, sollen neu vom Bund jährlich **178 Mio. Franken** bekommen.
- > Zudem fließen Jahr für Jahr **81 Mio. Franken** aus den SRG-Gebühren an die Radio- und TV-Sender der Konzernmedien.
- > Zusätzlich werden die Medien dank reduzierter Mehrwertsteuer jährlich mit ca. **130 Mio. Franken** staatlich unterstützt.

Total kosten die privaten Medien die Steuerzahler jedes Jahr rund 400 Mio. Franken. Zusammen mit den SRG-Gebühren macht das jährlich unverschämte 1,7 Milliarden!

Darum sind Staatsmedien falsch

- > Der Volksmund weiss: «**Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.**»
- > **Staatsfinanzierte Medien** können ihre Funktion als vierte Macht im Staat nicht erfüllen und schädigen die Demokratie.
- > Die Staats-Subventionen bedeuten **das Ende der freien und unabhängigen Medien** in der Schweiz.
- > Mit dem Kauf der Medien **zerstört die Politik** die Medien- und Meinungsfreiheit.

Wenn der Staat die Medien füttert, werden sie zu Staatsmedien.

Darum braucht es das Referendum

- > Börsenkotierte Konzerne und **reiche Verleger brauchen definitiv keine Subventionen.**
- > Staatlich finanzierte Medien verhindern die öffentliche Debatte, zerstören die Medienvielfalt und **sind Gift für die Demokratie.**
- > Indem Gratis-Zeitungen und kostenlose Online-Medien bewusst nicht subventioniert werden, **zementiert der Staat die schädlichen Medien-Monopole.** Damit werden weite Bevölkerungsteile von der **politischen Meinungsbildung** ausgeschlossen.



Bitte hier abtrennen und sofort einsenden an: Freunde der Verfassung, 3000 Bern

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 18.06.2021 über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Im Bundesblatt veröffentlicht am 29.06.2021.

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Bundesgesetz vom 18.06.2021 über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien der Volksabstimmung unterbreitet werde.

WICHTIG: 1. **UNBEDINGT AUSFÜLLEN:** Kanton, Postleitzahl und Politische Gemeinde / 2. **Gut leserlich schreiben /** 3. **Nur grüne Felder ausfüllen /** 4. **Pro Bogen nur stimmberechtigte Unterzeichner aus der gleichen Gemeinde.**

Kanton		Postleitzahl			Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.		
Politische Gemeinde							
1	Name / Vornamen	Geburtsdatum			Wohnadresse Strasse und Haus-Nr.	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
		Tag	Monat	Jahr			
2							
3							
4							
5							
6							

Ablauf der Referendumsfrist: 7. Oktober 2021. Referendumsbogen teilweise oder ganz ausgefüllt bis spätestens 1. Oktober 2021 einsenden an: Freunde der Verfassung, 3000 Bern

Amtliche Bescheinigung: Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnende in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort _____ Eigenhändige Unterschrift _____

Datum _____ Amtliche Eigenschaft _____

Amtsstempel
